

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **SOZ/008/2006**

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Sozialausschusses der Stadt Rheine  
am 22.05.2006**

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen - und wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

### **Anwesend als**

#### **Vorsitzende:**

Frau Ellen Knoop	SPD	Ratsmitglied
------------------	-----	--------------

#### **Mitglieder:**

Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Frau Christel Brachmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Frau Christa Gieseke	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Dr. Dietrich Kühn	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Barbara Meinert	SPD	Sachkundige Bürgerin
Frau Iris Rieke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr Wilhelm Stegemeyer	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Hartmut Wehr	CDU	Sachkundiger Bürger

#### **Vertreter:**

Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Ludger Winnemöller
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Marcel Tewes
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Frau Annette Tombült

Herr Anton van Wanrooy    CDU

Ratsmitglied  
Vertretung für Herrn  
Friedel Theismann

**beratende Mitglieder:**

Herr Horst Erle

Seniorenbeirat

Frau Anna Hölzen

Familienbeirat

Frau Vivien Schöpker

Integrationsrat

Herr Heinz Thalmann

Beirat für Menschen mit  
Behinderungen

**Gäste:**

Herr Werner Althoff

Migrationsbeauftragter

Herr Dr. Hollwitt

Gesundheitsamt

**Verwaltung:**

Frau Ute Ehrenberg

Beigeordnete

Herr Ludger Schöpfer

Fachbereichsleiter

Herr Henning Viehoff

Schriftführer

**Enschuldigt fehlten:**

**Mitglieder:**

Herr Marcel Tewes    SPD

Ratsmitglied

Herr Friedel Theismann    CDU

Ratsmitglied

Herr Ludger Winnemöller    CDU

Ratsmitglied

Frau Knoop eröffnet um 17:00 Uhr die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ergänzungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

### **Öffentlicher Teil:**

#### **1. Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung am 28. März 2006**

Tonbandfundstelle: I/A/0030

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

#### **2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 28. März 2006 gefassten Beschlüsse**

Tonbandfundstelle: I/A/0060

Ein Bericht liegt nicht vor.

#### **3. Informationen**

Tonbandfundstelle: I/A/0090

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

#### **Zentrale Wahrnehmung der Aufgaben der örtlichen Träger der Kriegsofferfürsorge durch die Hauptfürsorgestelle des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe**

Die sinkenden Fallzahlen im Bereich der Fürsorgestellen für Kriegsoffer sind allen hinreichend bekannt. Der Kreis Steinfurt hat daher zum 01.04.2005 die Aufgaben der Fürsorgestelle der Stadt Rheine gegen Erstattung der anteiligen Personal- und Sachkosten übernommen.

Von weiter rückläufigen Fallzahlen ist auszugehen. Die Hauptfürsorgestelle des Landschaftsverbandes rechnet mit einer jährlichen Verringerung von ca. 10 %.

Auf Anfrage der Kreise Steinfurt, Coesfeld und Warendorf hat der Landschaftsverband seine Bereitschaft erklärt, einer Übertragung der Aufgaben des örtlichen Trägers der Kriegsofferfürsorge auf ihn zuzustimmen.

Der Landschaftsverband beabsichtigt, für die Personal- und Sachkostenerstattung eine personenbezogene Fallpauschale zu ermitteln. Die Fallpauschalen sollen in den Jahren 2006 und 2007 an den Landschaftsverband entrichtet werden. Ab 2008 soll die Erstattung der Personal- und Sachkosten entfallen.

Die Fallzahlen der örtlichen Fürsorgestellen gebieten es, eine zentrale Aufgabenwahrnehmung anzustreben. Jedoch muss in jeden Einzelfall weiterhin die Bür-

gernähe, z.B. bei der Antragsannahme oder dringendem Beratungsbedarf sichergestellt werden.

Über das Ergebnis der Gespräche mit dem Landschaftsverband wird der Sozialausschuss informiert.

### **Bleiberecht für geduldete Ausländerinnen und Ausländer**

Zur Resolution des Rates der Stadt Rheine zur Frage der Schaffung eines Bleiberechts für langjährig im Bundesgebiet geduldete Ausländerinnen und Ausländer schreibt das Innenministerium des Landes, dass Minister Dr. Wolf gerne bereit ist, sich im Sinne der Erklärung des Rates der Stadt Rheine für eine Lösung der derzeit bestehenden Problematik einzusetzen.

Das Innenministerium weist jedoch darauf hin, dass nach der Beschlusslage der letzten Herbstkonferenz der Innenminister zunächst das Zuwanderungsgesetz mit Blick auf seine praktischen Auswirkungen evaluiert und dabei auch geprüft werden soll, ob alle humanitären Probleme, etwa mit Blick auf die in Deutschland aufgewachsenen Kinder, wie beabsichtigt, befriedigend gelöst sind.

Der Minister schlägt vor, in diese Prüfung die nordrhein-westfälische Initiative für eine Bleiberechtsregelung für langjährig im Bundesgebiet lebende Asylbewerber und ausreisepflichtige Ausländer, die sich bereits wirtschaftlich und sozial integriert haben, mit einzubeziehen.

Das Innenministerium bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass ein Konsens über eine ausgewogene, sachlich vertretbare Lösung möglich wird, die vom Bund wie von den Innenressorts aller Länder mitgetragen werden kann.

### **Veranstaltung „Vorfahrt für Begegnungen“**

Der Fachbereich Jugend, Familie und Soziales und der Beirat für Menschen mit Behinderung veranstalten mit Behindertenvereinen vor Ort am Sonntag, dem 3. September 2006 ein integratives Sport-, Spiel- und Begegnungsfest.

Zeitraum: 14:30 Uhr bis 19:00 Uhr

Ort: Borneplatz

Es wird der sog. WM-Truck kommen, der gleichzeitig Werbung für die Fußballweltmeisterschaft der Menschen mit Behinderung in der Zeit vom 26.8.-17.09.06 in Deutschland macht. Die Veranstalter arbeiten derzeit an einem Sport-, Spiel- und Veranstaltungsprogramm, das von dem aus dem Rundfunk und Fernsehen bekannten Moderator Uwe Hübner, der WM Botschafter ist, begleitet wird. Ferner werden die Sängerin Amy Elaine, auch WM Botschafterin u. a. mit dem Weltmeisterschaftslied und die Gruppe neuerdinXx, die Partymusik für alle machen, das Programm ergänzen.

**4. Informationen aus dem Integrationsrat, Beirat für Menschen mit Behinderung, Seniorenbeirat, Familienbeirat**

Tonbandfundstelle: I/A/0585

**4 a) Bericht aus dem Integrationsrat**

Frau Schöpker berichtet über die Arbeit des Integrationsrates.

**4 b) Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen**

Herr Thalmann berichtet über die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

**4 c) Bericht aus dem Seniorenbeirat.**

Herr Erle berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

Auf Nachfrage von Herrn Holtel, wo die möglichen Finanzierungsprobleme des Fachseminars für Altenpflege in Rheine liegen, teilt Herr Erle mit, dass die Finanzprobleme auf der beabsichtigten Kürzung der Finanzzuweisungen durch das Land NRW beruhen.

**4 d) Bericht aus dem Familienbeirat**

Frau Hölzen berichtet über die Arbeit des Familienbeirates.

Zur Frage von Herrn Althoff, warum sich die Familienbildungsstätte (FBS) aus der Finanzierung des Familienpasses zurückzieht, teilt Frau Hölzen mit, dass man dort der Meinung ist, dass es genügend andere Unterstützungsmöglichkeiten für bedürftige Familien gibt, um Vergünstigungen in Anspruch nehmen zu können. Eine weitere Finanzierung durch die FBS ist darüber hinaus aus Kostengründen nicht möglich.

**5. Beratung Haushalts- und Investitionsplan 2006 - 2009  
Fachbereich 2 - Jugend, Familie und Soziales  
Produktgruppe Soziales  
Vorlage: 191/06**

Tonbandfundstelle: I/A/1510

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Frau Brachmann teilt für die CDU-Fraktion mit, dass man den vorgelegten Haushalt unterstützen wird. Gleichwohl bittet die CDU-Fraktion darum, dass der Sozialausschuss in absehbarer Zeit mit den Beratungen für das Haushaltsjahr 2007 beginnt, um bei den existierenden Sparwängen Prioritäten für die zukünftige Arbeit des Sozialausschusses zu erarbeiten.

Frau Knoop schlägt vor, dass sich der Sozialausschuss in den nächsten Sitzungen mit den Einsparvorschlägen der Strategie- und Finanzkommission auseinandersetzt. Hierzu soll die Verwaltung jeweils einige Punkte mit auf die Tagesordnung

nehmen und an Hand von Vorlagen näher erläutern. Bei Bedarf sollten auch Referenten zu bestimmten Themen eingeladen werden.  
Dieser Vorschlag wird von Seiten des Sozialausschusses begrüßt.

Auch Herr Dr. Kühn unterstützt für die SPD-Fraktion den vorgelegten Budgetentwurf des Fachbereiches Jugend, Familie und Soziales. Zusätzlich zum Vorschlag von Frau Knoop bittet Herr Dr. Kühn darum, dass bei Bedarf auch die von den Sparvorschlägen betroffenen Einrichtungen vor Ort besucht werden, um notwendige Entscheidungen nicht nur auf der Basis von reinem Zahlenmaterial zu treffen.

Herr Holtel stimmt dem vorgelegten Budgetentwurf ebenfalls zu. Er fordert, bereits jetzt mit den Planungen für 2007 zu beginnen. In diesem Zusammenhang sollte ein Schwerpunkt beim SGB II gesetzt werden. Durch die Einrichtung städtischer Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sollte versucht werden, diesen Personenkreis wieder dem allgemeinen Arbeitsmarkt zuzuführen.  
Herr Schöpfer gibt zu Bedenken, dass dieser Vorschlag sehr sinnvoll ist; der Adressat für den Bereich der Arbeitsförderung sei aber der Kreis Steinfurt. Da solche Projekte sehr kostenintensiv sind, könne die Stadt Rheine allenfalls als Co-Partner agieren.

Frau Rieke bejaht ebenfalls den Budgetentwurf. Für Ihre Fraktion sieht sie allerdings kein Einsparpotential mehr. Einer Schließung des Treff 100 oder weitere Stellenkürzungen würde man nicht zustimmen.

Zum Schluss der Diskussion fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 2 – Jugend, Familie und Soziales/Produktgruppe Soziales unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Haushalts- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Stellenplan 2006 für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales  
Produktgruppe Soziales  
Vorlage: 192/06**

Tonbandfundstelle: I/A/2830

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Frau Brachmann teilt für die CDU-Fraktion mit, dass dem vorgelegten Stellenplänenwurf zugestimmt wird. Sie bittet um Auskunft darüber, was mit dem vorhandenen Personal passiert, wenn sich der Kreis Steinfurt irgendwann einmal aus der Option zurückzieht. Herr Schöpfer teilt mit, dass in diesem Fall eine Arbeitsgemeinschaft mit der Bundesagentur für Arbeit gebildet würde. Die Arbeit würde insofern nicht wegfallen, sondern würde in dieser Arbeitsgemeinschaft fortge-

führt. Insofern würde auch für diesen Fall das vorhandene Personal weiter benötigt.

Herr Dr. Kühn unterstreicht für die SPD-Fraktion die Notwendigkeit des Einsatzes von qualifiziertem Personal gerade im Bereich des SGB II. Aus diesem Grund stimmt er dem Stellenplanentwurf ebenfalls zu.

Im Bereich der Stellenausweitungen hält Herr Holtel die Besetzung dieser Stellen durch Beamte für bedenklich. Er regt an, diese Stellen mit Angestellten zu besetzen, deren Arbeitsverträge befristet sind. Ebenfalls für bedenklich hält er die Höherbewertung der Stellen der Gruppen-koordinatoren. Diese Höherbewertung stimmt nicht mit dem Gehaltsgefüge in einer Arbeitsgemeinschaft überein.

Herr Schöpfer teilt hierzu mit, dass die Vergütungs- und Besoldungsstruktur bei den kommunalen Arbeitgebern auf Grund unterschiedlicher Tarifvorschriften nicht mit den Strukturen bei der Arbeitsagentur vergleichbar sind. Eine Benachteiligung der Mitarbeiter bei der Arbeitsagentur sei aber nicht gegeben.

Nach weiterer intensiver Diskussion fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

1. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine den als Anlage der Vorlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 2 – Produktgruppe Soziales in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.
2. Der Sozialausschuss stellt fest, dass zusätzlich zum im Fachbereich 2 – Produktgruppe Soziales vorhandenen Personal folgender Personalbedarf besteht:
  - 2,0 gehobener nichttechnischer Dienst – Leistungsgewährung SGB II
  - 0,5 gehobener nichttechnischer Dienst – Unterhaltsheranziehung
  - 0,5 Sozialarbeiter/in bzw. Sozialpädagoge/in – Betreuung Wohngruppe Hemelter Straße
  - 1,0 mittlerer nichttechnischer Dienst – Information/Verwaltung SGB II

Abstimmungsergebnis:            12 Ja-Stimmen  
    1 Nein-Stimme  
    1 Enthaltung

**7.            Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)**

Tonbandfundstelle: I/B/0350

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

## **8. Anfragen und Anregungen**

Tonbandfundstelle: I/B/0365

Herr Dr. Kühn weist auf das Bundesprogramm „Alles unter einem Dach – Mehrgenerationenhäuser“ hin. Dieses Programm sieht vor, dass in jedem Landkreis eine dieser Einrichtungen gefördert werden soll. Zur Zeit läuft das entsprechende Ausschreibungsverfahren.

Zu dieser Anfrage teilt Frau Ehrenberg mit, dass antragsberechtigt der Kreis Steinfurt ist. Sie wird sich nach dem aktuellen Sachstand erkundigen.

Frau Overesch bittet um Auskunft darüber, ob im Forensikvertrag Aussagen zum Personalschlüssel gemacht werden. Hierzu teilt Frau Ehrenberg mit, dass es keinen konkreten Personalschlüssel gibt. Im Vertrag ist festgelegt, dass die Anzahl der eingesetzten Mitarbeiter ausreichend sein muss.

**Ende des öffentlichen Teils: 18:05 Uhr**

**Nichtöffentlicher Teil:**

**9. Niederschrift Nr. 7 über die nichtöffentliche Sitzung am 28. März 2006**

Tonbandfundstelle: I/B/1350

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

**10. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der nichtöffentlichen Sitzung am 28. März 2006 gefassten Beschlüsse**

Tonbandfundstelle: I/B/1370

Ein Bericht liegt nicht vor.

**11. Informationen**

Tonbandfundstelle: I/B/1380

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

*Befristete Einstellung von Juristen zur Deckung des dringenden Personalbedarfs im Bereich SGB II*

Die Personalsituation in der SGB II – Abteilung ist seit Monaten aufgrund unerwartet hoher Fallzahlentwicklung sehr angespannt.

Mit dem Kreis Steinfurt wurde übereinstimmend festgelegt, dass halbjährlich zu Dezember und Juni eine Personalanpassung jeweils bei Abweichung der Fallzahlen von + - 10 % erfolgen soll.

Die Letzte Anpassung für die Stadt Rheine war im Juni 2005. Grundlage war die seinerzeit ermittelte Fallzahl von 2533. Die personelle Anpassung gegenüber der Ursprungsprognose aus Oktober 2004 (1970 Fälle) konnte erreicht werden durch die Beschäftigung von 3 Juristen, die beim Kreis Steinfurt befristet bis zum 30.06.2006 eingestellt wurden sowie durch 2 Inspektoranwärterinnen der Stadt Rheine. Diese haben ihren Dienst zum 01.09.2005 in der SGB II – Abteilung angetreten.

Die Fallzahlen stiegen seitdem stetig und haben aktuell im April 2006 die Höhe von 2957 Fällen erreicht. Eine Abweichung von über 10 % wird weit überschritten, so dass der Kreis Steinfurt im Juni 2006 zu dem Ergebnis kommen muss, dass in Rheine weiteres Personal notwendig ist.

Die Verwaltung beabsichtigt diesen Personalbedarf mit Juristen mit abgeschlossenem 2. Staatsexamen zu decken. Die Einstellung erfolgt zunächst befristet auf 12 Monate nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz mit der Option, um weitere 12 Monate zu verlängern.

Die Option der Verlängerung kann allerdings nur dann greifen, wenn sich die Fallzahlen nicht um mehr als 10 % verringern.

Die Einstellung der Juristen erfolgt somit nur für einen vorübergehenden Zeitraum. Unter dieser Prämisse müssen für diese Personen gem. § 8 Gemeindehaushaltsverordnung keine Stellen im Stellenplan der Stadt Rheine ausgewiesen werden.

Nach der zurzeit bestehenden Kostenregelung erstattet der Kreis Steinfurt die mit der Beschäftigung des o.g. Personenkreises verbundenen Kosten, so dass der Stadt Rheine per Saldo keine Kosten entstehen.

Die vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren nach dem Landsgleichstellungsgesetz und dem Landespersonalvertretungsgesetz sind abgeschlossen.

Dieser Sachverhalt wurde dem HFA zur Information mitgeteilt. Ein Beschluss ist nicht erforderlich.

## **12.       Anfragen und Anregungen**

Tonbandfundstelle: I/B/1610

Herr Hemelt weist darauf hin, dass parallel zur Veranstaltung mit dem sog. WM-Truck am 03.09.2006 auf dem Borneplatz, der 3. Familiensonntag an der Saline stattfindet. Um eine Konkurrenzsituation zwischen beiden Veranstaltungen zu vermeiden, bittet er um Prüfung, ob die Veranstaltung mit dem WM-Truck auf einem Teil der Parkplatzanlage an der Saline stattfinden kann.

Da der sog. WM-Truck gleichzeitig Werbung für die Fußballweltmeisterschaft der Menschen mit Behinderung in der Zeit vom 26.8.-17.09.06 in Deutschland macht, bittet Frau Knopp die Verwaltung, den Beirat für Menschen mit Behinderungen auf diese Problematik aufmerksam zu machen.

**Ende der Sitzung:**

**18:10 Uhr**

---

Knoop  
Ausschussvorsitzende

---

Henning Viehoff  
Schriftführer